

LEIPZIGER VOLKSZEITUNG

Telefon: 0341 2181-0 • Fax: 0341 2181-020 • Tickets: 0800 2181-050

www.lvz.de

122. Jahr • 138. N. • 5. 6. 2016 • 1,50 Euro



VOR DER „ARABELLA“-PREMIERE

Die Sopranistin Elena Tokar im Interview über ihre Zdenka an der Leipziger Oper **SEITE 11**

DAS MODEL UND DER PAPST

Miss Germany Lena Bröder trifft bei Audienz den katholischen Kirchenführer **SEITE 16**



Hooligans: Russland droht Ausschluss von der Fußball-EM

PARIS. Russland spielt bei der Fußball-EM in Frankreich auf Bewährung, der Turnierausschluss droht. Nach den Fan-Ausschreitungen am Sonnabend nach dem Abpfiff des Spiels gegen England (1:1) im Stadion von Marseille hat die Disziplinarkommission der Europäischen Fußball-Union (Uefa) eine empfindliche Sanktion verhängt. Sobald die russischen Hooligans im Stadion wieder die Fäuste fliegen lassen, wäre für Russland das Turnier zu Ende. Die Sanktion, die Russlands Verband akzeptiert hat, gilt bis zum Ende des Turniers, teilte die Uefa gestern mit. Dazu wurde eine Geldstrafe von 150 000 Euro verhängt. Russland spielt heute um 15 Uhr in Lille gegen die Slowakei; das letzte Gruppenspiel gegen Wales wird am Montag um 21 Uhr in Toulouse angepfiffen. In Lille prägeln sich gestern Abend erneut Russen und Briten. **► Sport**



| | | |
|------------|-----|--------|
| Österreich | 0:2 | Ungarn |
| Portugal | 1:1 | Island |

Alle zur EM **► Sport**
leipzig.sportbuzzer.de

THEMEN

SACHSEN
Schwarz-Rot legt Entwurf für Rekord-Haushalt vor
DRESDEN. Mit einem Volumen von 37,1 Milliarden Euro hat die schwarz-rote Regierung in Sachsen den Entwurf für einen Rekord-Doppelhaushalt vorgelegt. Die Investitionsquote liegt in den beiden Jahren bei jeweils 16 Prozent. **► Seite 5**

WIRTSCHAFT
Großbritannien wichtiger Handelspartner Sachsens
DRESDEN. Die sächsische Wirtschaft wäre von einem Ausstieg Großbritanniens aus der EU stark betroffen. Das Königreich liegt bei den Ausfuhren im Länderranking auf Platz drei hinter China und den USA, so das Wirtschaftsministerium. **► Seite 9**

FINANZEN

| | | |
|------------------|------------------|-----------------|
| DAX | TecDAX | EUR/USD |
| 9519,20 (-1,43%) | 1574,72 (-2,30%) | 1,1225 (-0,38%) |

WETTER

| | | |
|-----------|-----------|-----------|
| MI | DO | FR |
| 19° 12° | 23° 14° | 20° 12° |

► Das komplette Wetter auf Seite 26
Die aktuelle Wetterlage: Bitte Grafik scannen und Regenradar starten.

LVZ MULTIMEDIAL

DAS SYMBOL zeigt an: Hier gibt es LVZ-Extras. Bitte mit Smartphone oder Tablet-PC die kostenlose App MAGICPAPER herunterladen. Tauchen Bilder mit dem Handy-Symbol in der Zeitung auf, dann scannen Sie die Fotos und schon starten Videos oder Bildergalerien. Das funktioniert auch mit den oben stehenden Wettersymbolen. Scannen Sie die Symbole und sehen Sie das aktuelle Regenradar für Mitteldeutschland.
Fragen? Bitte mailen: magicpaper@lvz.de



Deutsche Mythen in Leipzig

Mit Erinnerungskultur und deutschen Mythen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs beschäftigt sich ab heute eine neue Ausstellung mit 900 Exponaten im Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig. So werden etwa die Gründungsmythen der beiden deutschen Staaten illustriert oder auch – passend zur Zeit – der Mythos der deutschen Fußballbegeisterung: vom „Wunder von Bern“ 1954 bis zum vierten Gewinn einer Fußball-Weltmeisterschaft im Jahr 2014. **► Seite 18**

Kurze Wege, schnelle Diagnosen: Comeback der Polikliniken auf dem Land

Krankenhäuser in Sachsen wandeln sich zu Medizinischen Versorgungszentren

VON ANDREAS DEBSKI

LEIPZIG/DRESDEN. Sachsens Krankenhäuser im ländlichen Raum wandeln sich immer mehr zu Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) und übernehmen damit eine Art Poliklinik-Funktion wie zu DDR-Zeiten. In den nächsten Jahren sollen sie zur ersten Anlaufstelle für Patienten werden. Das sagt Stephan Helm, der Geschäftsführer der Krankenhausesellschaft Sachsen (KGS), im LVZ-Interview. Aktuell gibt es im Freistaat bereits 151 MVZ, und schon jedes zweite läuft in der Trägerschaft von Krankenhäusern. Dieses Netz an neuen Polikliniken soll weiter ausgebaut werden. „Die Struktur der medizinischen Versorgung muss der Realität angepasst werden. Dabei geht es weniger darum, bestimmte Bettenzahlen, also den stationären Bereich, aufrechtzuerhalten, sondern darum, dass Krankenhäuser künftig stärker Versorgungsangebote für die Menschen in ihrer Umgebung anbieten“, macht Helm klar. Das betreffe zum einen den Notdienst-Bereich, aber auch den Ausbau von regionalen Zentren „im Sinne poliklinischer Versorgungseinrichtungen“. KGS-Geschäftsführer Helm: „Die Patienten brauchen Gewissheit, dass ihnen geholfen wird – und dass sie nicht ewig fahren müssen, um Hilfe zu bekommen.“ Aktuell gibt es in Sachsen 78 Krankenhäuser, wovon sich die meisten in ländlichen Regionen befinden.

Der Leipziger Gesundheitsökonom Wilfried von Eiff befürwortet den Strukturwandel und fordert seit Langem eine Rückbesinnung auf zentrale Einrichtungen. „Die Polikliniken hat man zu Beginn der 1970er Jahre abgeschafft, was ein gravierender Fehler war. Weil es so etwas in Westdeutschland nicht gab, durfte es diese richtigen und wichtigen Einrichtungen auch im Osten nicht weiter geben“, kritisiert der Akademische Direktor des Center for Health Care Management and Regulation an der Handelshochschule Leipzig. Mittlerweile sei man so weit, die Polikliniken unter dem Namen MVZ wieder aufzuerstehen zu lassen, so Professor von Eiff, „weil sie ein Eckpfeiler der künftigen medizinischen Versorgung sein werden, und zwar in den Ballungszentren ebenso wie auf dem Land“.

Sachsens Sozialministerin Barbara Klepsch stellt den bereits existierenden neuen Polikliniken ein sehr gutes Zeugnis aus. „Für den Patienten bieten die MVZ viele Vorteile. Fach- und Hausarzt sitzen an einem Ort, das spart Wege und vermeidet Doppeldiagnosen“, sagt die CDU-Politikerin. „Die MVZ leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung. Sie sind aus der ambulanten Versorgung nicht mehr wegzudenken – aber sie ersetzen nicht die niedergelassenen Ärzte.“

In der DDR gehörten Polikliniken, wo mehrere angestellte Ärzte fachübergreifend unter einem Dach praktizierten, zum Standard. 1989 gab es noch 1650. Momentan sind bundesweit gut 2000 MVZ angemeldet. Mit einem Anteil von 18 Prozent wurden die meisten bislang in Bayern gegründet, danach folgt Niedersachsen. Das Aufleben der Poliklinik hatte die Gesundheitsreform von 2003 möglich gemacht, was allerdings zögerlich angenommen wurde. Das Gesetz schloss zunächst die Krankenhäuser nicht ein, inzwischen sind sie in Ostdeutschland die Nummer 1. **► Seite 4**

Orlando-Anschlag: Polizei prüft Verbindung nach Deutschland
ORLANDO. Nach dem Attentat in Orlando im US-Bundesstaat Florida sind sechs der angeschossenen Opfer weiter in Lebensgefahr. Das berichteten gestern die behandelnden Ärzte. Insgesamt werden noch 27 Patienten behandelt, meist an ihren Schusswunden. Einige Patienten müssten mit lebenslangen Beeinträchtigungen rechnen. Das Bundeskriminalamt in Wiesbaden prüft mögliche Verbindungen des Vaters des Attentäters nach Deutschland, wie die Behörde bestätigte. Laut Rheinischer Post könnte der Mann Verbindungen nach Düsseldorf unterhalten. **► Seite 3**

Doppelmord bei Paris: Terror nach Frankreich zurückgekehrt
PARIS. Mit einem brutalen Doppelmord ist der Terror nach Frankreich zurückgekehrt. Ein 25 Jahre alter Mann brachte im Namen der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) in Magnanville bei Paris einen Polizisten und dessen Partnerin um. Danach wurde der Täter von der Polizei erschossen. Die Tat sei „zweifelloso ein Terrorakt“, sagte gestern Präsident François Hollande. Die Opfer seien feige ermordet worden. Der dreijährige Sohn blieb unversehrt, stand aber unter schwerem Schock. Der Täter habe sich vor drei Wochen zum IS bekannt, so Staatsanwalt François Molins. **► Seite 2**

Gesetz zu sicheren Herkunftsstaaten auf der Kippe
ERFURT. Die Abstimmung am Freitag im Bundesrat über das Gesetz zur Einstufung von Tunesien, Algerien und Marokko als sichere Herkunftsstaaten steht auf der Kippe. Einige Bundesländer wollen erst kurz vor dem Votum über ihr Stimmverhalten entscheiden. Darunter ist das grün-schwarze Baden-Württemberg. Im schwarz-rot-grün regierten Sachsen-Anhalt läuft es wegen der Ablehnung der Grünen auf eine Enthaltung im Bundesrat hinaus. Thüringen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz wollen am Freitag nicht für das Gesetz stimmen. **► Leitartikel/Seite 2**

Niedersachsen fordert 1000 Euro Bußgeld für Raser
OSNABRÜCK. Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) fordert drastisch höhere Bußgelder für Raser und Drängler. Wer das Tempolimit um 20 Kilometer pro Stunde und mehr überschreite, „muss eine Strafe zahlen, die im Bereich von 1000 Euro liegt“, sagte er gestern der Neuen Osnabrücker Zeitung. Demnach sollen Verkehrssünder künftig auch wesentlich höhere Bußgelder bezahlen, die Mindestabstände nicht einhalten oder bei Unfällen auf der Autobahn keine Rettungsgasse bilden. Einen entsprechenden Antrag will Niedersachsen auf der heute beginnenden Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern im Saarland einbringen. Die Strafen sollen nach dem Einkommen gestaffelt werden.

Die gelbe Gefahr

Londons Bürgermeister verbietet Werbung, die „unrealistische oder ungesunde Körperformen“ vermittelt

VON KATRIN PRIBYL

Im gelben Bikini und überlebensgroß schaute das Model die Tausenden Pendler an, die im Minutentakt an ihr vorbeiliefen: „Hast Du schon eine Strandfigur?“ Die Frage prangte auf dem Werbeplakat neben dem Abbild der schlanken Frau mit den vermeintlichen Idealmaßen. Es handelte sich um Reklame für Diätpillen und -getränke, mit der in Frühjahr Busse, U-Bahnen und Bahnhöfe in London plakatiert waren. Und die damals für so viel Empörung sorgte, dass der neue Bürgermeister der britischen Hauptstadt, Sadiq Khan, nun Konsequenzen ziehen will. Ab dem 1. Juli soll Werbung, die eine „unrealistische oder ungesunde Körperform“ vermittele, im öffentlichen Nahverkehr verboten werden. „Als Vater von zwei Töchtern im Teenager-Alter bin ich extrem besorgt über diese Art von Werbung, die Menschen, insbesondere Frauen, erniedrigen und dafür sorgen kann, dass sie sich für ihre Körper schämen“, so Khan. Es sei höchste Zeit, damit Schluss zu machen. Solche Reklame würde vor allem junge Menschen unter den Druck setzen, genauso aussehen zu müssen. „Niemand sollte sich beim U-Bahn- oder Busfahren mit unrealistischen Erwartungen bezüglich seines Körpers gedrängt fühlen“, betonte der Labour-Politiker.

Im April vergangenen Jahres unterschrieben bereits mehr als 70 000 Menschen, vor allem Frauen, eine Petition, die forderte, die Werbung für das Nahrungsergänzungsmittel „Protein World“ zu verbieten. Mehr als 200 Beschwerden gingen bei der Werbeaufsicht ein und eine Pro-

testveranstaltung im Londoner Hyde Park lockte zahlreiche Demonstrantinnen mit unterschiedlichen Kleidergrößen im Schwimmbad an. Die Frauen verurteilten das Plakat als „sexistisch“ und „verachtenswert“. Unter dem Hashtag „everybodiesready“ ließen viele ihrem Unmut freien Lauf und betonten, jeder Körper sei bereit für den Strand. „Habe ich eine Strandfigur? Werbeleute, das geht euch nichts an“, erzürnte sich eine Kommentatorin der Tageszeitung Guardian. Das Unternehmen reagierte mit Unverständnis und wies die Vorwürfe zurück.

In Deutschland möchte Justizminister Heiko Maas (SPD) generell sexistische Werbung verbieten, stößt mit seinem Vorhaben aber auf Vorbehalte.

Die Werbung für Diätpillen in London löste im Frühjahr Empörung aus. Foto: Internet

LEITARTIKEL
VON
JÖRG KALLMEYER

Ein grünes Lebenszeichen

Die Grünen sind für alles gut. Bei Parteitagen streiten sie für eine bessere Welt. Im Alltag aber sorgen sie dafür, dass in Deutschland alles im Lot bleibt. Die grün-schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg gilt vielen als Nachweis des politischen Pragmatismus. Nicht wenige in der Partei aber fragen, ob die Grünen nicht ihre Seele verloren haben. Es war daher nur eine Frage der Zeit, bis sich die Partei mal wieder richtig quer stellt. So stehen auch in Sachsen-Anhalt und in Thüringen, wo neben den Grünen die Linken arge Bedenken haben, die Zeichen auf Nicht-Zustimmung.

Das Thema für die Wiederbelebung des grünen Kampfgewisses ist gefunden: Am Widerstand der Grünen droht am Freitag im Bundesrat der Plan zu scheitern, Marokko, Tunesien und Algerien zu sicheren Drittstaaten zu erklären. Allen Beteuerungen des Bundesinnenministers zum Trotz, dass Flüchtlinge aus diesen Ländern schon jetzt praktisch keine Chance haben, dass ihr Asylantrag anerkannt wird.

Mit Blockade-Vorwürfen an die Grünen sollte man sich gleichwohl zurückhalten. Ihre Position ist nicht schlecht begründet. Die Drittstaaten-Debatte steht für mehr als nur für grüne Befindlichkeiten.

In der Asylpolitik gibt es seit einem Jahr nur noch eine Richtung: Unter dem Druck des enormen Flüchtlingsstroms dreht die Politik Ansprüche zurück, verschärft Bestimmungen und droht mit Abschiebungen. Das alles ist wohl unausweichlich, stößt irgendwann aber an die Grenzen des Grundgesetzes. In der Verfassung ist ein individuelles Grundrecht auf Asyl verankert. Jeder Flüchtling hat das Recht, persönlich angehört zu werden. Dieses Gebot kann durch Drittstaaten-Regelungen ausgehebelt werden, solange diese eng begrenzt und gut begründet sind. Aber kann man gleich für drei Maghreb-Staaten das Asylrecht außer Kraft setzen?

Viele Juristen haben Zweifel angemeldet, das Gesetz wäre unweigerlich vor Gericht gelandet. Auch Politiker der SPD sehen es als falsches Signal, die Unterdrückung von Homosexuellen in Nordafrika einfach auszublenken. Gerade jetzt, wo sich nach dem Massaker von Orlando die Solidaritätsbekundungen für Homosexuelle häufen. Die Grünen sind bei der Drittstaaten-Regelung keineswegs so stur, wie es die anderen Parteien gerade sehen. Sie haben Angebote gemacht, das Thema durch eine liberale Altfallregelung und durch eine Beschwerdestelle für abgelehnte Asylbewerber zu entschärfen. Nach der Aufregung über die Vorfälle in der Silvesternacht war daran nicht zu denken.

Der Weckruf der Grünen an die eigenen Leute könnte sich am Ende als belebend für die gesamte Asylrechtsdebatte erweisen. Nicht nur das grün-schwarze Baden-Württemberg entschied gestern, seine Haltung offen zu lassen. Das heißt auch: Ein Kompromiss ist immer noch möglich.

► politik@lvz.de